Niederschrift

Öffentlicher Teil

Haupt- und Finanzausschuss Quedlinburg

SI/HFAQ/06/14

Sitzungstermin:	Mittwoch, 01.10.2014 16:00 bis 19:12 Uhr
Ort, Raum:	Ratssitzungszimmer des Rathauses, Markt 1

Beginn des öffentlichen Teils: 16:00 Uhr   **Ende des öffentlichen Teils: 18:10 Uhr**

Anwesend sind:

Oberbürgermeister

Herr Dr. Eberhard Brecht

CDU-Fraktion

Herr Ulrich Thomas

Frau Dr. Sylvia Marschner

Herr Hardy Seidel

Herr Manfred Kaßbaum

SPD-Fraktion

Herr Dr. Christian Schickardt

Fraktion DIE LINKE

Herr Volker Kriseleit

Fraktion Bürgerforum

Herr Christian Amling

Fraktion GRÜNE/QfW

Frau Susan Sziborra-Seidlitz

FDP/Ortschaftsfraktion

Herr Detlef Kunze

FFQ (Grundmandat)

Frau Bettina Ringel-Owczarzak

Schriftführer

Frau Sabine Weidemann

Verwaltung

Frau Kerstin Frommert

Herr Wolfgang Scheller

Frau Birgit Voigt

Herr Thomas Malnati

Frau Marion Goldbeck

kommt 17.10 Uhr - vertreten bis zu diesem
Zeitpunkt durch Frau Dr. Marschner

Vertreter bis 17.10 Uhr für Herrn Ulrich Thomas

verlässt die Sitzung um 17.50 Uhr

Es fehlen:

Verwaltung

Herr Michael Busch

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1	<i>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit sowie der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung</i>
TOP 2	<i>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellen der endgültigen Tagesordnung</i>
TOP 3	<i>Entscheidung über Einwendungen und Feststellungen der Niederschrift vom 28.08.2014</i>

- TOP 4** *Bericht des Oberbürgermeisters*
- TOP 4.1** *Bericht über die Ausführung gefasster Beschlüsse und Eilentscheidungen sowie Eilbeschlüsse des Oberbürgermeisters gemäß KVG LSA*
- TOP 4.2** *Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse der Sitzung vom 28.08.2014 mit wesentlichem Inhalt*
- TOP 4.3** *Bericht zu aktuellen Fragen und wichtigen Angelegenheiten*
- TOP 5** *Bericht über die aktuelle Haushaltssituation*
- TOP 6** *Vorlagen*
- TOP 6.1** *Ernennung des Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Quedlinburg und Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter
Vorlage: BV-StRQ/077/14*
- TOP 6.2** *Führung der Bezeichnung „Stadt“ durch den Ortsteil Gernrode
Vorlage: BV-StRQ/069/14*
- TOP 6.3** *Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Quedlinburg
Vorlage: BV-StRQ/074/14*
- TOP 6.4** *Bürgermeisterwahl 2015
Vorlage: BV-StRQ/075/14*
- TOP 6.5** *Aufhebung des Einstellungs- und Wiederbesetzungsstopps für die Stelle "Sachbearbeiter/in Vollstreckung" im Sachgebiet 1.3 Stadtkasse, Vollstreckung ab 01.02.2015
Vorlage: BV-HFAQ/011/14*
- TOP 6.6** *Aufhebung des Einstellungs- und Wiederbesetzungsstopps für die Stelle "Sachbearbeiter/in Steuern" im Sachgebiet 1.2 Steuern zum nächstmöglichen Zeitpunkt
Vorlage: BV-HFAQ/012/14*
- TOP 6.7** *Erhebung von Ausgleichsbeträgen innerhalb des Sanierungsgebietes
Vorlage: IV-StRQ/004/14*
- TOP 7** *Anträge der Fraktionen*
- TOP 8** *Öffentliche Einwohnerfragestunde*
- TOP 9** *Anregungen*
- TOP 10** *Anfragen*
- TOP 11** *Schließen des öffentlichen Teils*

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu TOP 1** **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit sowie der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung**

Herr Dr. Brecht eröffnet die Sitzung des HFA und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest.

- zu TOP 2** **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellen der endgültigen Tagesordnung**

Herr Dr. Brecht schlägt vor, den TOP 13 im nicht öffentlichen Teil vor dem TOP 12 behandeln, da zu diesem TOP Gäste eingeladen sind, die die Sitzung zur Behandlung des TOP 12 noch einmal verlassen müssten. Die Mitglieder des HFA stimmen dem zu. Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

ungeändert endgültig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

- zu TOP 3** **Entscheidung über Einwendungen und Feststellungen der Niederschrift vom 28.08.2014**

Die Mitglieder des HFA beschließen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28. 8. 2014 in vorliegender Fassung.

ungeändert endgültig beschlossen

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Mitwirkungsverbot 0

Bericht des Oberbürgermeisters

zu TOP 4

zu TOP 4.1 **Bericht über die Ausführung gefasster Beschlüsse und Eilentscheidungen sowie Eilbeschlüsse des Oberbürgermeisters gemäß KVG LSA**

Zur Ausführung der gefassten Beschlüsse liegt kein neuer Sachstand vor.

Es wurden in der Zeit vom 28.08.2014 bis zum heutigen Tag keine Eilbeschlüsse gemäß KVG LSA durch den Oberbürgermeister gefasst.

zu TOP 4.2 **Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse der Sitzung vom 28.08.2014 mit wesentlichem Inhalt**

Es wurden keine Beschlüsse mit wesentlichem Inhalt im nicht öffentlichen Teil gefasst.

zu TOP 4.3 **Bericht zu aktuellen Fragen und wichtigen Angelegenheiten
Beantragung „Nationale Projekte des Städtebaus“**

Am 28. August 2014 haben HFA und Stadtrat in ihren Sitzungen die Verwaltung beauftragt, einen Antrag auf Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ 2014 zu stellen. Unter Nutzung der beim Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz erhaltenen Informationen wurde die Beantragung – wie auch mündlich schon erläutert - präzisiert. Von den 6 im Grundsatzbeschluss aufgeführten Projekten wurden folgende 2 ausgewählt:

Teilprojekt 1: Sicherung und städtebauliche Gestaltung des Nordhanges am Stiftsberg. Der Gesamtkostenrahmen beläuft sich auf 2,6 Mio. €. Dabei geht die Stadt von einer Reduzierung des Eigenanteils auf 10 % aus.

Teilobjekt 2: Umsetzung der touristischen Entwicklung (Masterplan) für den Stiftsberg. Aus dem Teilprojekt „Instandsetzung der Bestandsgebäude“ mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 11,6 Mio. € wurde die Sanierung des Residenzbaus mit einer Kostenschätzung aus dem Jahr 2012 in Höhe von 2,05 Mio € beantragt. Dabei geht es insbesondere um Maßnahmen wie die Schwammsanierung und die Instandsetzung der Dachkonstruktion. Die Kostenschätzung wurde auf 2,5 Mio. € aufgerundet, so dass anteilig noch finanzielle Mittel für Fassadenarbeiten und ggf. weitere erforderliche Gutachten eingeplant sind. Auch hier geht die Stadt aufgrund ihrer Haushaltsnotlage von der Gewährung eines Eigenmittelanteils von nur 10 % aus. Bezüglich des Eigenanteils hoffen wir, dass das Bauministerium (MLV) unseres Bundeslandes der Stadt Quedlinburg noch helfend unter die Arme greift.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass eine Förderung für die Umsetzung unseres Stiftsbergkonzeptes nur dann erfolgt, wenn es auch eine Verständigung zwischen der Kommune und der evangelischen Kirche gibt. Ich bin aber optimistisch, dass auch bezüglich einer künftigen Rechtsform für eine Betreibergesellschaft eine Einigung erzielt werden kann.

Feststellungsklage der Pro Habitare AG gegen die Stadt Quedlinburg

Am 26.09.2014 ging bei der uns vertretenden Rechtsanwaltschaft KPMG eine Feststellungsklage der Pro Habitare AG gegen die Stadt Quedlinburg ein. Der Streitwert wurde vorläufig auf 100 T € festgesetzt. Als Termin zur Güteverhandlung wurde von der 11. Zivilkammer des Landgerichtes Magdeburg Freitag, der 23. Januar 2015 angesetzt.

Die Verwaltung stellt derzeit ihrerseits die Schadensersatzansprüche für alle der Stadt Quedlinburg aus und im Zusammenhang mit dem Abschluss des Kaufvertrages mit der Pro Habitare AG entstandenen Schäden zusammen. Entsprechend des Beschlusses 038/14 des Stadtrates vom 20. Mai diesen Jahres werden wir darauf basierend zusammen mit der KPMG Rechtsanwalts-gesellschaft mbH die Möglichkeit einer Widerklage prüfen und möglicherweise auch geltend machen.

Frau Sziborra-Seidlitz fragt nach, wie zum Problem Kurzentrum seitens der Stadt reagiert wird.

Herr Scheller geht darauf ein.

Tandemstreife

Nachdem die zwei für die Einheitsgemeinde Quedlinburg zuständigen Regionalbereichsbeamten (RBB) der Polizei ihren Dienst aufgenommen haben, können nun auch wieder regelmäßig unsere Tandemstreifen durchgeführt werden. Unangekündigt gab es gemeinsame Streifengänge im Rahmen des Außen und Vollzugsdienstes am 11. und 15. September in der Kernstadt Quedlinburg, sowie am 16. September in den Ortschaften Bad Suderode und Gernrode. Schwerpunkt der Streifen waren die Kontrolle des Obdachlosenheims, die Überprüfung von Vierbeinern nach dem Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren, die Überprüfung ausgelegter „Giftköder“ gemäß der Anregung von Frau Traubach im Stadtrat – es wurden im Übrigen keine Giftköder mehr gefunden –, die Überprüfung von Radfahrern und des ruhenden Verkehrs sowie die Kontrolle von Ordnung und Sauberkeit. Demnächst wird es auch wieder eine Tandemstreife auf Chefebene geben.

Wochenendschulung der Feuerwehr

Am Wochenende 12.-14. September fand auf dem Gelände des THW- OV Quedlinburg eine Wochenendschulung der Freiwilligen Feuerwehr Quedlinburg statt. Daran nahmen 44 Kameraden der Ortsfeuerwehren Gernrode, Bad Suderode und Quedlinburg sowie der befreundeten Ortsfeuerwehr Rieder teil. Gegenstand des Stationsbetriebes waren die Nutzung des Digitalfunks, die Stabilisierung verunglückter Fahrzeuge, der Einsatz von Steckleitern sowie die Rettung aus verrauchten Gebäuden. Insbesondere für die Kameraden aus den Ortsteilen wurde die Bedienung der verschiedenen Pollersysteme in der Kernstadt geübt. Daneben wurden zwei Übungseinsätze durchgeführt:

Mein Dank gilt allen Kameradinnen und Kameraden, die ein freies Wochenende ihrer Feuerwehr und damit ihrer Stadt geschenkt haben. Mein Dank gilt aber auch dem THW- OV Quedlinburg, der das Übungsgelände bereit stellte und der Wohnungswirtschaftsgesellschaft, die die Versorgung der Einsatzkräfte finanzierte.

PROVinz-Kunststage

Am Freitag, dem 19. September, wurden durch die Vorsitzende des Kunstvereins, Frau Dr. Harriett Watts, die diesjährigen PROVinz-Kunststage im Gebäude des früheren VEB Diagrammdruck im Konvent eröffnet. Die Besucherresonanz war trotz eines großen Angebots an Vernissagen der Stadt

sehr groß.

Treffen mit Bürgern der Partnerstadt Hameln 19. und 20.09.

Am vergangenen Wochenende fand nun der lange angekündigte Besuch von Bürgern aus unserer Partnerstadt Hameln statt. Darunter waren Repräsentanten der Stadtverwaltung und des Partnerschaftsvereins. Herr Werner Richter von der QTM, der selbst einmal in Hameln gearbeitet hat, betreute die ca. 40 Personen umfassende Gruppe am Wochenende. Zum Begegnungsabend mit Quedlinburgern Stadträten kamen dann doch ein paar mehr als angemeldet waren. Neben einem Lorient-Programm des Nordharzer Städtebund-Theaters und einem zünftigen Pellkartoffelessen wurden an den Tischen die verschiedensten bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen besprochen.

LAGA 2022

Der Stadtrat zeigte sich in seiner öffentlichen Sitzung am 28.08.2014 entschlossen, die mit der LAGA 2022 verbundenen Chancen nicht ohne eine ernsthafte Prüfung verstreichen zu lassen. So wurde ein diesbezüglicher Antrag der SPD-Fraktion mit einem Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit 28 JA-Stimmen, 3 Enthaltungen und ohne Gegenstimme angenommen.

Im geänderten Beschluss beauftragt der Stadtrat den Haupt- und Finanzausschuss, die Realisierbarkeit einer LAGA in Quedlinburg - insbesondere unter finanziellen Aspekten - zu prüfen. Der HFA soll auf der Grundlage des Konzeptes der Quedlinburger Bewerbung für die LAGA 2004 bis zum 31.01.2015 eine Empfehlung erarbeiten, die auch eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht zu den finanziellen Rahmenbedingungen mit einschließt. Aufgrund der Empfehlung unseres Ausschusses wird dann der Stadtrat zeitnah darüber entscheiden, ob sich die Stadt Quedlinburg um die Ausrichtung der LAGA 2022 bewirbt.

Ich habe bewusst für diesen Auftrag des Stadtrates keinen eigenen Tagesordnungspunkt aufgenommen. Eine seriöse Beratung ist Ihnen erst möglich, wenn auch Kostenschätzungen vorliegen. Diese sind enthalten in einer von mir erstellten Informationsvorlage, die die finanziellen Aufwendungen der Städte Quedlinburg für die geplanten Landesgartenschauen 2004 und 2006, sowie die kommunalen Beiträge der Stadt Wernigerode für die LAGA 2006 und der Stadt Aschersleben für die LAGA 2010 darstellt. Da alle Daten erst nach der Einreichungsfrist für die heutige Sitzung des HFA vorlagen, kündige ich die Informationsvorlage für die nächste Beratung unseres Ausschusses am 22. Oktober an.

Termine

Ich mache heute noch auf drei Termine aufmerksam:

1. Am morgigen Donnerstag, dem 02. Oktober, findet ab 18 Uhr zum Gedenken an die friedliche Revolution von 1989 ein Gang zu den historischen Orten des Ereignisses statt.

Das Projekt von „Wolter und Kollegen“ steht unter der Schirmherrschaft unseres Kultusministers Stephan Dorgerloh und ist eine Gemeinschaftsarbeit

der Landeszentrale für Politische Bildung, der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Lyonel-Feininger-Galerie und der Stadt Quedlinburg. Sie sind alle zu diesem Gedenken in einer ungewöhnlichen Form eingeladen.

Weiterhin ist auf eine Veranstaltung am Quedlinburger Revolutionstag, 26. Oktober, um 17 Uhr in der Nikolaikirche hinzuweisen, zu der auch eine

Ausstellung präsentiert wird. Zusätzlich veranstaltet das Nordharzer Städtebundtheater eine öffentliche Gesprächsrunde über die Veränderungen zwischen 1989 und 2014 in Quedlinburg.

2. Am Mittwoch, dem 17. Dezember 2014, findet um 18 Uhr der Festakt zum 20-jährigen Jubiläum der Einschreibung der Stadt Quedlinburg auf die Liste des UNESCO-Welterbes statt. Dazu erhalten Sie rechtzeitig Einladungen.
3. Der Neujahrsempfang der Stadt Quedlinburg wird am Montag, dem 12. Januar 2015, stattfinden. Über Ort und Uhrzeit werde ich mich noch mit dem Stadtratsvorsitzenden abstimmen.

Herr Kaßebaum regt an, dass zum Tag der Einheit auch Vertreter der Kernstadt an der Zusammenkunft mit der Partnerstadt Walsrode teilnehmen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken.

Herr Dr. Brecht findet die Anregung gut.

zu TOP 5

Bericht über die aktuelle Haushaltssituation

Die Unterlagen zur Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2014 werden an die Fraktionsvorsitzenden ausgereicht.
Zu den ausgereichten Unterlagen zur aktuellen Haushaltssituation gibt es keine weiteren Nachfragen.

zu TOP 6

Vorlagen

zu TOP 6.1

Ernennung des Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Quedlinburg und Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter Vorlage: BV-StRQ/077/14

Herr Scheller macht einige Ausführungen zur Vorlage.
Die Vorlage wird ohne weitere Diskussion in den Stadtrat weitergeleitet.

vorberatend zugestimmt

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 6.2

Führung der Bezeichnung „Stadt“ durch den Ortsteil Gernrode Vorlage: BV-StRQ/069/14

Herr Dr. Brecht geht kurz auf die Vorlage ein, die auch schon im Ortschaftsrat Gernrode am 9. 9. 2014 behandelt wurde.

Auf die Anmerkung von Herrn Kaßebaum, dass der Ortschaftsrat hätte zu diesem Thema bereits beschließen können, geht Herr Scheller, wie auch schon in der Ortschaftsratssitzung am 9. 9. 2014, ein.

Die Vorlage wird ohne weitere Diskussion in den Stadtrat weitergeleitet.

vorberatend zugestimmt

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 6.3

Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Quedlinburg Vorlage: BV-StRQ/074/14

Herr Dr. Brecht macht einige einführende Bemerkungen zu der Vorlage.

Herr Amling erklärt, dass seine Wählergemeinschaft darauf besteht, dass

sachkundige Einwohner berufen werden und erkundigt sich in diesem Zusammenhang zum Ablauf, wenn ein Änderungsantrag zur Hauptsatzung gestellt wird.

Herr Dr. Brecht gibt zu bedenken, dass es dann auch zu einer Neustrukturierung der Ausschüsse kommen würde. Er zeigt die entsprechenden Probleme auf.

Herr Scheller macht ebenfalls seine Bedenken deutlich und erklärt, dass das Ergebnis der Arbeitsgruppe eindeutig war und den Niederschlag in der erarbeiteten Vorlage gefunden hat.

Er weist auch darauf hin, für den Fall, dass ein Änderungsantrag kommt, dass dieser konkret untersetzt sein und alle nach sich ziehenden Aufgaben abdecken muss.

Herr Dr. Schickardt vertritt die Auffassung, dass das Ansinnen von Herrn Amling zu spät kommt, es hätte bereits alles erledigt sein müssen.

Herr Amling erklärt, dass er noch einmal mit seiner Wählergemeinschaft sprechen wird.

Frau Sziborra-Seidlitz macht deutlich, dass die Möglichkeit einer Antragstellung besteht, diese aber keine Mehrheit haben wird.

Frau Ringel-Owczarzak beantragt, im § 6 (2) Satz 1 des Entwurfes der Hauptsatzung eine Aufstockung von 8 auf 9 Stadträte vorzunehmen.

Herr Amling spricht sich dafür aus.

Frau Sziborra-Seidlitz, Herr Kriseleit sowie Herr Seidel sehen keinen Grund für eine Aufstockung.

Herr Kassebaum fragt nach, wann eine Hauptsatzung geändert wird, und wie oft das in der letzten Legislaturperiode vorgekommen ist.

Herr Scheller geht darauf ein.

Herr Dr. Brecht stellt den Antrag von Frau Ringel-Owczarzak zur Abstimmung.

Abstimmung: 1 Stimmen dafür
                          7 Stimmen dagegen
                          1 Stimmenthaltung

vorberatend zugestimmt

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 6.4

Bürgermeisterwahl 2015

Vorlage: BV-StRQ/075/14

Herr Dr. Brecht macht einige Anmerkungen zur Vorlage und übergibt Herrn Scheller das Wort.

Herr Scheller geht in seinen Ausführungen auf die vorgeschlagene Terminkette zum Wahlablauf ein. Er gibt bekannt, dass die Stellenausschreibung bis zur Stadtratssitzung am 16. 10. 2014 informativ vorliegen wird.

Herr Thomas kommt um 17.10 Uhr zur Sitzung.

Die Vorlage wird ohne weitere Diskussion in den Stadtrat weitergeleitet.

vorberatend zugestimmt

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 6.5

Aufhebung des Einstellungs- und Wiederbesetzungsstopps für die Stelle "Sachbearbeiter/in Vollstreckung" im Sachgebiet 1.3 Stadtkasse, Vollstreckung ab 01.02.2015

Vorlage: BV-HFAQ/011/14

Herr Dr. Brecht übergibt Frau Goldbeck zu den TOP's 6.5 und 6.6 das Wort zur Berichterstattung.

Frau Goldbeck geht in ihren Ausführungen auf die Notwendigkeit der Wiederbesetzung der Stellen im Bereich Steuern und Vollstreckung ein. Sie bezieht sich dabei auf die Sachverhaltsbegründung der jeweiligen Vorlage. Weiterhin macht Frau Goldbeck deutlich, dass mit der Wiederbesetzung der in Rede stehenden Stellen ein wichtiger Teil der Einnahmebeschaffung für die Stadt Quedlinburg abgesichert wird.

Die Stelle des Sachbearbeiters Vollstreckung kann nicht durch Umsetzungen abgesichert werden, daher ist eine Ausschreibung der Stelle erforderlich.

Herr Seidel hat eine Nachfrage zur unterschiedlichen Darstellung der Entgeltgruppe des Sachbearbeiters Vollstreckung im Stellenplan und in der Vorlage.

Frau Goldbeck erläutert, dass im Stellenplan die Stelle mit der Entgeltgruppe 6 ausgewiesen ist, aber bei der Erarbeitung der Vorlage die Ergebnisse der Prüfung des Landesrechnungshofes und höchstrichterliche Beschlüsse berücksichtigt wurden.

Herr Seidel hätte sich gewünscht, dass die Ausschreibung als Anlage beigefügt worden wäre, um sich ein besseres Bild von der Arbeitsaufgabe machen zu können.

Herr Thomas möchte wissen, in welchem Umfang sich die Vollstreckungsfälle bewegen und um welche es sich hauptsächlich handelt.

Frau Goldbeck erklärt, dass sich die Zahl der Vollstreckungsfälle derzeit bei ca. 3.300 bewegt, Tendenz auf 3.900. Die Außenstände belaufen sich auf rd. 1,4 Mio. Euro.

Frau Frommert erklärt, dass es hauptsächlich um Grund- und Gewerbesteuern sowie GEZ geht. Sie weist aber auch darauf hin, dass es sich bei dieser Stelle um ein sehr komplexes Aufgabengebiet handelt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Aufhebung des Wiederbesetzungsstopps für die Stelle „ Sachbearbeiter/in Vollstreckung“ (Außendienst) im Sachgebiet 1.3 Stadtkasse, Vollstreckung zum 01.02.2015.

ungeändert endgültig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 6.6

Aufhebung des Einstellungs- und Wiederbesetzungsstopps für die Stelle "Sachbearbeiter/in Steuern" im Sachgebiet 1.2 Steuern zum

nächstmöglichen Zeitpunkt

Vorlage: BV-HFAQ/012/14

Frau Goldbeck berichtet, dass die Stelle des Sachbearbeiters Steuern durch die Weiterbeschäftigung einer befristet tätigen Person abgesichert werden kann, die bereits über Kenntnisse in diesem Bereich verfügt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Aufhebung des Einstellungs- und Wiederbesetzungsstopps für die Stelle „Sachbearbeiter/in Steuern“ im Sachgebiet 1.2 Steuern zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

ungeändert endgültig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 6.7

Erhebung von Ausgleichsbeträgen innerhalb des Sanierungsgebietes

Vorlage: IV-StRQ/004/14

Herr Dr. Brecht übergibt nach einer kurzen Einführung zu diesem TOP das Wort an Frau Rippich.

Frau Rippich erläutert anhand des Sachverhaltes die Vorlage. Sie macht deutlich, dass mit den erzielten Einnahmen aus der Erhebung der Ausgleichsbeträge wieder Maßnahmen im Sanierungsgebiet durchgeführt werden können. Das ist umso wichtiger für die Stadt, da durch den Wegfall des Förderprogrammes „Stadtsanierung“ auf Bundesebene die entsprechenden Fördermittel fehlen. Sie macht deutlich, dass den Bürgern, die eine freiwillige Ablösevereinbarung vor Beendigung der Sanierungsmaßnahme abschließen, entsprechende Abschläge je nach Zahlungsziel eingeräumt werden. Frau Rippich informiert, dass der Gutachterausschuss des Landes Sachsen-Anhalt in seiner Sitzung am 10. 7. 2014 für die 4 ausgewählten Teilgebiete die Höhe der jeweiligen Bodenwertsteigerung festgelegt hat.

Herr Dr. Brecht weist im Anschluss auf die Ausführungen von Frau Rippich noch einmal ausdrücklich auf den Vorteil einer freiwilligen Ablösevereinbarung hin.

Herr Seidel gibt zu bedenken, dass die Belastung für die Grundstücksbesitzer enorm ist. Er fragt nach, ob der Stadtrat die Möglichkeit hat, die Höhe der ermittelten Bodenwertsteigerung abzumildern. Dieses wird verneint.

Er schlägt vor, den höchstmöglichen Abschlag von 20 % anzubieten, wenn sich Bürger bereiterklären, in der Zeit vom 1. 1. 2015 – 31. 12. 2015 ihre Ausgleichsbeträge zu zahlen.

Weiterhin kritisiert er, dass in den ausgewählten Teilgebieten auch Anlieger an Straßen, an denen bisher keine Sanierung durchgeführt wurde (z.B. Weingarten), ebenfalls Ausgleichsbeträge zahlen sollen und im Umkehrschluss Gebiete, in denen bereits eine Sanierung erfolgt ist, noch nicht zur Zahlung herangezogen werden (z.B. Breite Straße).

Frau Rippich macht noch einmal deutlich, dass niemand gezwungen ist, die Ausgleichsbeträge sofort zu zahlen. Weiterhin verweist sie darauf, dass der Gutachterausschuss die Gebietsabgrenzung festgelegt hat und sich auch nicht beeinflussen lässt. Das nächste Gebiet für die Erhebung von Ablösebeträgen ist in Arbeit.

Herr Dr. Brecht unterstreicht die Ausführungen von Frau Rippich und weist auch noch einmal darauf hin, dass mit der aufgezeigten Möglichkeit im Rahmen des

Gesetzes agiert wird, diese aber von den Betroffenen nicht angenommen werden muss. Sie können alternativ den Zeitpunkt der Bescheiderstellung abwarten.

Herr Dr. Schickardt stellt fest, dass die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind, das Angebot gut ist auch im Hinblick auf den derzeitigen Zinsmarkt.

Herr Seidel regt an noch einmal darüber nachzudenken, 20 % als Höchstsatz für die Gewährung von Abschlägen anzusetzen. Weiterhin fragt er nach, ob die Eigentümer im Sanierungsgebiet eine Garantie haben, dass ihre Straßen ausgebaut werden.

Frau Rippich verneint dies und erläutert in diesem Zusammenhang weitere Möglichkeiten der finanziellen Entlastung z.B. über zusätzliche steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten, macht aber auch deutlich, dass bis zum Abschluss der Gesamtmaßnahme nicht alle Straßen saniert werden können. Der Stadt fehlen Eigenmittel, um die angebotenen Förderprogramme in Anspruch nehmen zu können.

Frau Sziborra-Seidlitz fragt nach, ob es möglich ist, dass, wenn z.B. ein Sanierungsgebiet aufgehoben wird und die Bürger in diesem Bereich bereits Ausgleichsbeträge gezahlt haben, obwohl die Straße nicht saniert wurde aber zu einem späteren Zeitpunkt, noch einmal zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen herangezogen werden können.

Herr Thomas fordert, dass mit dem Thema sensibel umgegangen wird. Es muss für die Bürger klar und deutlich werden, dass die Ausgleichsbeträge für die Stadtsanierung eingesetzt werden. Es sollten auch schon die bereits sanierten Straßen, die außerhalb der jetzt festgelegten Teilgebiete liegen, sind zur Zahlung herangezogen werden. Eine weitere Nachfrage von Herrn Thomas betrifft die Handhabung der Ratenzahlung.

Herr Seidel vertritt die Auffassung, dass das Sanierungsgebiet erst aufgehoben werden soll, wenn in diesem Bereich alle Straßen saniert sind, um den Bürgern damit Sicherheit zu geben. Damit könnte man eine große Akzeptanz erreichen.

Zum angesprochenen Thema Ratenzahlung verweist Frau Rippich auf die entsprechende Anlage zur Infovorlage. Der Bürger entscheidet selbst über die Anzahl, Höhe und Zeitpunkt der Zahlung der Raten.

Herr Thomas bittet darum, die Ratenzahlung als Bestandteil der Beschlussfassung zur Entscheidung im Stadtrat aufzunehmen.

Frau Rippich erklärt auf die Nachfrage von Herrn Thomas, wer den Zeitpunkt der Aufhebung des Sanierungsgebietes bestimmt, dass hierüber die Kommune entscheidet, es sei denn, es ergehen Änderungen vom Gesetzgeber.

Abschließend fasst Herr Dr. Brecht die wichtigsten Punkte aus der vorangegangenen Diskussion zusammen:

1. soll mit den Bürgern zu dem Thema kommuniziert und sensibel umgegangen werden.
2. soll über die Staffelung der Abschläge zur den Ablösebeträgen nachgedacht werden.
3. soll eine Prüfung zwischen Straßenausbaubeiträgen und Ausgleichbeträgen vorgenommen werden, um Doppelungen auszuschließen.

Kenntnis genommen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 7

Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

zu TOP 8

Öffentliche Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldung zur Einwohnerfragestunde.

zu TOP 9

Anregungen

Es gibt keine Anregungen.

zu TOP 10

Anfragen

Herr Seidel fragt nach, wie der Stand zum Problem Sekretärin der Kleers GS ist.

Frau Voigt erklärt, dass es dazu noch Redebedarf gibt und es im Verlauf des Monats Oktober hierzu eine Entscheidung geben wird. Die Betroffenen sind darüber informiert.

Herr Thomas erwartet, dass der Arbeitsablauf in der Schule abgesichert wird, auch im Hinblick auf den bevorstehenden Umzug der Schule. Er macht auch deutlich, dass diese Angelegenheit nicht Thema in Stadtrat wird.

Frau Voigt und Frau Goldbeck unterstreichen noch einmal, dass es noch Zeit für Entscheidungen bedarf.

Herr Seidel erwartet eine Antwort zum 15. 10. 2014.

zu TOP 11

Schließen des öffentlichen Teils

Der öffentliche Teil der Sitzung des HFA wird um 18.10 Uhr geschlossen.

gez. Brecht

Dr. Brecht
Oberbürgermeister und
Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses

gez. Weidemann

Weidemann
Protokollantin